

# Befragung der Kandidierenden zur Bundestagswahl 2025 für Bonn und den Rhein-Sieg-Kreis

## Friedenspolitische Wahlprüfsteine

Guten Tag Herr / Frau ...,

Sie bewerben sich bei der Wahl zum Deutschen Bundestag am 23. Februar 2025 um einen Sitz im Deutschen Bundestag. Ich schreibe Sie deshalb heute im Namen des Friedensforums Bonn an, um Ihre politische Position zu den Themen zu erfragen, mit denen sich das Friedensforum Bonn im Zusammenhang mit der Bundestagswahl besonders befasst.

Das Friedensforum Bonn ([www.friedensforum-bonn.de](http://www.friedensforum-bonn.de)) ist die gemeinsame Koordinations- und Kommunikations-Plattform einer Vielzahl von friedenspolitisch engagierten Gruppen in Bonn. Das Friedensforum Bonn wird die Antworten der in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis zur Bundestagswahl antretenden Kandidatinnen und Kandidaten auf seine politischen Fragen Anfang Februar veröffentlichen, um den Wahlberechtigten mit Blick auf die friedenspolitischen Standpunkte der Kandidatinnen und Kandidaten eine Orientierung bei ihrer Wahlentscheidung zu geben.

Ich bitte Sie deshalb um die Zusendung Ihrer Antworten an mich bis zum 27. Januar 2025.

Die im Friedensforum Bonn engagierten Menschen möchten auch nach dem Wahltag mit Ihnen in Kontakt bleiben, um mit Ihnen weiterhin einen politischen Gedankenaustausch zu führen.

In den Anlagen (2) finden Sie die vom Friedensforum Bonn zusammengestellten Fragen und den dort erwähnten „Bonner Appell“.

Mit freundlichen Grüßen  
für das Friedensforum Bonn  
Joachim Osinski

Das Friedensforum Bonn stellt an Sie folgende 13 Fragen:

### **A) zum Thema: Minderjährige Soldatinnen und Soldaten bei der Bundeswehr**

1. Rekrutierung minderjähriger Soldatinnen und Soldaten  
Deutschland ist immer noch eines von wenigen Ländern, das den internationalen 18-Jahre-Standard bei der Rekrutierung *nicht einhält, während über 150 Länder der Welt dies tun*. Die Bundeswehr hat seit 2011 fast 20.000 17-jährige Jungen und Mädchen für den Soldatendienst rekrutiert, im Jahr 2023 waren es 1.996 (davon 315 Mädchen), ein Anstieg von 13% gegenüber 2022. Musterungen und Vertragsgespräche über langjährige Soldatenverträge finden schon mit 16-jährigen statt.  
Werden Sie sich als Mitglied des Deutschen Bundestages für die Anhebung des Bundeswehr-Rekrutierungsalters auf 18 Jahre einsetzen – wie es vom UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes und von der Kinderkommission des Deutschen Bundestages gefordert wird?
2. Militärwerbung bei Minderjährigen  
Die Bundeswehr wirbt mit teuren Kampagnen in den Sozialen Medien, auf Messen und Veranstaltungen bei Minderjährigen. Soldatinnen und Soldaten (Jugendoffiziere und Karriereberater) betreiben bei Schulbesuchen Imagewerbung für die Bundeswehr und präsentieren den Soldatenberuf als interessantes und spannendes Berufsfeld. Die dunkle Seite des Militärdienstes, nämlich dass es dabei um die Tötung anderer Menschen geht mit großer Gefahr für das eigene Leben, wird dabei in der Regel verschwiegen oder unzureichend thematisiert. Gleiches gilt für gedruckte Informations- und Werbematerialien der Bundeswehr.  
Werden Sie sich als Mitglied des Deutschen Bundestages dafür einsetzen, dass Militärwerbung bei Minderjährigen gesetzlich verboten wird – wie es auch der UN-

Ausschuss für die Rechte des Kindes und die Kinderkommission des Deutschen Bundestages fordern?

3. „Bonner Appell“ zur Beendigung der Rekrutierung Jugendlicher  
Das Friedensforum Bonn unterstützt das bundesweite Bündnis „Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr“ ([www.unter18nie.de](http://www.unter18nie.de)) durch den „Bonner Appell“. Dieser „Bonner Appell“ fordert die Bonner Oberbürgermeisterin, den Rat der Stadt Bonn und die Bundestagsabgeordneten aus der UN-Stadt Bonn auf, Initiativen zu ergreifen zur Änderung der Gesetzeslage, welche bislang die gezielte Anwerbung Minderjähriger durch die Bundeswehr ermöglicht und insbesondere die Kommunen zur Herausgabe der Meldedaten ihrer sechzehn- und siebzehnjährigen Bürger an die Bundeswehr verpflichtet.

Werden Sie sich als Mitglied des Deutschen Bundestages dafür einsetzen, die Zielsetzungen des Bonner Appells zu verwirklichen?

### **B) zum Thema: UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV)**

Am 22. Januar 2021 trat der UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) in Kraft. Der Vertrag verbietet den teilnehmenden Staaten Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von Kernwaffen, außerdem die Drohung damit. Bis zum 24. September 2024 haben 94 UN-Staaten den AVV unterzeichnet, 73 Staaten den Vertrag ratifiziert. Die „Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen“ (ICAN) als wichtigste zivilgesellschaftliche Organisation, die sich für den AVV einsetzt, wurde für diese Bemühungen 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

1. Teilen Sie die Prämissen des AVV, dass der Einsatz von Atomwaffen den Prinzipien des internationalen humanitären Rechts und der Menschenrechtsabkommen widerspricht?
2. Teilen Sie die Aussage des AVV zur Dringlichkeit, „eine nuklearwaffenfreie Welt zu erreichen und aufrecht zu erhalten, was ein globales öffentliches Gut von höchstem Rang ist und sowohl den nationalen als auch den kollektiven Sicherheitsinteressen dient“?
3. Werden Sie sich als Mitglied des Deutschen Bundestages aktiv für einen Beitritt Deutschlands zum AVV einsetzen?

### **C) zum Thema: Nukleare Teilhabe**

Das Konzept der nuklearen Teilhabe innerhalb der NATO sieht vor, dass Mitgliedstaaten ohne eigene Atomwaffen in die Zielplanung und in den Einsatz der Atomwaffen einbezogen werden. Konkret bedeutet dies für Deutschland, dass der Einsatz von US-Nuklearwaffen durch die Bundeswehr vom Fliegerhorst Büchel aus erfolgen würde.

1. Können Sie vor dem Hintergrund der bekannten dramatischen Folgen eines Atomwaffeneinsatzes den Abwurf von Atombomben durch Soldaten der Bundeswehr politisch verantworten und mit Ihrem Gewissen vereinbaren?
2. Befürworten Sie, trotz der völkerrechtlichen Bedenken (Atomwaffensperrvertrag) und auch der sicherheitspolitischen Bedenken (Damoklesschwert statt Schutzschirm) ein Festhalten an der nuklearen Teilhabe oder werden Sie sich als Mitglied des Deutschen Bundestages für die Beendigung der deutschen nuklearen Teilhabe einsetzen?

### **D) zum Thema: Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland im Jahr 2026**

Bundeskanzler Scholz hat vor wenigen Wochen den Bundesbürgern überraschend und ohne vorherige öffentliche Debatte mitgeteilt, dass er mit US-Präsident Biden die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen im Jahr 2026 in Deutschland vereinbart hat.

1. Werden Sie sich als Mitglied des Deutschen Bundestags angesichts der Tatsache, dass die Zusage einer Stationierung ohne Einbeziehung des Bundestags erfolgte, für eine parlamentarische Beratung und Beschlussfassung einsetzen?

2. Werden Sie als Mitglied des Deutschen Bundestags diese Stationierungsvereinbarung politisch unterstützen und gegebenenfalls parlamentarisch mittragen oder werden Sie sich gegen diese Stationierungsvereinbarung aussprechen?
3. Teilen Sie die Befürchtung vieler Menschen, dass mit der geplanten Stationierung von bis nach Russland reichenden Mittelstreckenraketen im Konfliktfall das atomare Risiko für Deutschland gravierend erhöht wird, insbesondere weil die Stationierung allein in Deutschland und nicht auch in anderen NATO-Ländern erfolgen soll?
4. Im Gegensatz zum so genannten Doppelbeschluss der NATO in den 80er Jahren ist mit der jetzt geplanten Stationierung kein Abrüstungsangebot verbunden worden. Viele Menschen sehen darin eine neue Runde des Wettrüstens, die die Gefahr einer militärischen Eskalation erhöht.  
Werden Sie sich als Mitglied des Deutschen Bundestags für neue Abrüstungsverhandlungen und konkrete Abrüstungsschritte einsetzen?
5. Michael Gorbatschow vertrat die Ansicht, dass Europa ein System gemeinsamer Sicherheit unter Einbeziehung aller Länder benötigt, weil sich umfassende Sicherheit nur im Miteinander und nicht im Gegeneinander erreichen lässt.

Stimmen Sie dieser sicherheitspolitischen Auffassung zu und werden Sie sich als Mitglied des Deutschen Bundestags für die Erreichung eines solchen Systems gemeinsamer Sicherheit einsetzen?

### **Keine Jugendlichen in die Bundeswehr!**

#### Der Bonner Appell

Die Bundeswehr wirbt gezielt an Schulen, im öffentlichen Raum und mit ihrer an sechzehnjährige gerichteten Info-Post für den Soldatendienst ab 17. Dies ist ein eklatanter Verstoß gegen die Grundsätze der von Deutschland unterzeichneten UN-Kinderrechtskonvention.

Aufgrund des aktuellen Bundesmeldegesetzes übermitteln alle deutschen Einwohnermeldeämter jedes Jahr der Bundeswehr die Adressen ihrer 16-jährigen Bürger. Damit wird die gezielte Anwerbung Jugendlicher durch die Bundeswehr ermöglicht und die UN-Kinderrechtskonvention ignoriert - auch in Bonn.

Als Bürger der UN-Stadt Bonn wollen wir dies nicht länger hinnehmen. Wir wollen, dass von der UN-Stadt Bonn eine Initiative zur Beendigung der Jugend-Rekrutierung in Deutschland ausgeht.

Wir Unterzeichner appellieren deshalb an den Rat der Stadt Bonn und die Oberbürgermeisterin sowie die Bonner Bundestagsabgeordneten, sich aktiv und nachdrücklich beim Deutschen Städtetag, bei der Bundesregierung und im Bundestag für die notwendigen gesetzlichen Änderungen einzusetzen, damit

- keine Daten von Jugendlichen mehr von den Meldeämtern an die Bundeswehr weitergegeben werden,
- die Bundeswehr die auf Jugendliche ausgerichtete Werbung beendet,
- keine Jugendlichen mehr von der Bundeswehr für den Militärdienst eingestellt werden.

Eine Initiative von **Friedensforum Bonn** ([www.friedensforum-bonn.de](http://www.friedensforum-bonn.de)), Deutsche Friedensgesellschaft–Vereinigte Kriegsdienstgegner:innen (**DFG-VK**) **Bonn-Rhein-Sieg** und **Pax Christi Bonn**

## **Kandierende der Wahlkreise 96 (Stadt Bonn), 97 (Rhein-Sieg-Kreis I) 98 (Rhein-Sieg-Kreis II)**

- **CDU**
  - 096 Bonn
    - Prof. Dr. Hendrik Streeck
  - 097 Rhein-Sieg I
    - Elisabeth Winkelmeier-Becker
  - 098 Rhein-Sieg II
    - Dr. Norbert Röttgen
- **SPD**
  - 096 Bonn
    - Jessica Rosenthal
  - 096 Rhein-Sieg I
    - Sebastian Hartmann
  - 096 Rhein-Sieg II
    - Ute Krupp
- **B90/Die Grünen**
  - 096 Bonn
    - Katrin Uhlig
  - 097 Rhein-Sieg I
    - Rebecca Stümper
  - 098 Rhein-Sieg II
    - Moritz Wächter
- **Volt**
  - 096 Bonn
    - Thomas Peter
  - Wahlkreis 96 Rhein-Sieg-Kreis I
    - Marcel Landsberg
  - Wahlkreis 97 Rhein-Sieg-Kreis II
    - Valeska Huland
- **FDP**
  - 096 Bonn
    - Anna Heimann
  - Wahlkreis 96 (Rhein-Sieg-Kreis I)
    - Niko Gräfrath
  - Wahlkreis 97 (Rhein-Sieg-Kreis II)
    - Nicole Westig
- **LINKE**
  - 096 Bonn
    - Jürgen Repschläger
- **BSW**
  - 097 Bonn
    - Hanno von Raußendorf